

Ressort: Finanzen

Stabilitätsrat einigt sich auf gemeinsame Finanzplanung bis 2018

Berlin, 26.11.2014, 07:03 Uhr

GDN - Experten von Bund und Ländern haben sich im Arbeitskreis Stabilitätsrat auf eine gemeinsame Finanzplanung bis 2018 verständigt: Trotz etwas geringerer Steuereinnahmen und steigender Investitionen sollen alle Etatregeln eingehalten werden. "Der Stabilitätsrat kommt zu der Einschätzung, dass die Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit eingehalten wird", heißt es in der Vorlage für das Gremium, das am 15. Dezember tagen wird, berichtet das "Handelsblatt" (Mittwochsausgabe).

Die Haushalte mittelfristig ausgeglichen zu halten gelingt demnach allerdings nur, weil die Zinsausgaben zunächst noch weiter sinken und erst dann ganz langsam wieder steigen sollen. Mit rund 57 Milliarden Euro müsse Deutschland dieses Jahr seinen Gläubigern 13 Prozent weniger zahlen als noch im Vorjahr, heißt es laut "Handelsblatt" in der Vorlage. 2015 sollen die Zinsausgaben dann um weitere fünf Prozent sinken, auf dann 54 Milliarden Euro. Zwar sollen die Ausgaben mittelfristig wieder etwas steigen. Doch werde der Anstieg so gering kalkuliert, dass die Zinsausgaben selbst 2018 noch unter dem heutigen Niveau liegen sollen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-45259/stabilitaetsrat-einigt-sich-auf-gemeinsame-finanzplanung-bis-2018.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619